

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Wmi Dösch 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin OS 61, Belle-Alliance-Platz 6
Telegraphenanschrift: Spedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Klageung beiderseits 4 Wochen vor dem Drucktermin, wenn nicht anders vereinbart. Verantwortlich für seine Seite ist Berlin.

Berlin, den 9. August 1932.

Das Geschändnis
Amsterdam

Die "neue Staatsführung".

Wie innenpolitisch so aussenpolitisch. - Ein Versuch es nach dem andern.

SPD. Unbeachtet der grossen Masse des Volkes vollziehen sich in der Welt aussenpolitische Ereignisse von grösster Tragweite. Eine zwölfjährige diplomatische Arbeit bricht innerhalb einiger Wochen zusammen.

Was die republikanischen Regierungen der Nachkriegszeit in zäher, geduldiger, oft missverstandener, aber schliesslich doch erfolgreicher Arbeit erreichen haben, nämlich die Befreiung Deutschlands von der Umklammerung durch die siegreichen Mächte, geht unter der Regierung Papen verloren. Deutschland steht vor einer neuen Einkreisung, ja sie ist bereits vollendet. Das deutsche Volk, dessen Blicke seit Monaten fast ausschliesslich auf die innerpolitischen Kämpfe gerichtet sind, merkt nichts von diesen Vorgängen, die für sein weiteres Schicksal entscheidend sein dürften.

Unmittelbar nach Abschluss der Lausanner Konferenz wurde die Welt durch die Bekanntgabe eines zwischen England und Frankreich vereinbarten Abkommens überrascht. Ueber die Tragweite dieses sogenannten "Konsultativpaktes" gehen die Meinungen stark auseinander. Der Jubel, mit dem diese Nachricht in Paris als die Wiederauferstehung der "Entente Cordiale" gefeiert wurde, ist zwar von London aus etwas gedämpft worden. Die englische Regierung war sogleich bemüht, zu versichern, dass sich dieses Abkommen keineswegs gegen Amerika richte und auch nicht gegen irgendeine europäische Macht, da sich alle übrigen Länder ihm nachträglich anschliessen könnten. Indessen soll auch nach der englischen Darstellung dieser Pakt bedeuten, dass sich alle Teilnehmer zu offener und vertrauensvoller Aussprache über alle auftauchenden Probleme verpflichten, bevor sie irgendwelche selbständigen Aktionen unternehmen. Es wurde dabei ausdrücklich hervorgehoben, dass sich diese Verpflichtung auch auf Fragen der Vertragsrevision erstrecke.

Aber über den Sinn dieses Abkommens wird auf französischer Seite kein Zweifel gelassen: es handelt sich um eine Abwehrmassnahme gegen den wiedererstarbten deutschen Nationalismus und um die Bildung einer englisch-französischen Einheitsfront im Hinblick auf die befürchtete Aggressivität der deutschen Politik. Die erste Folge dieser Vereinbarung hat sich bereits vor dem Auseinandergehen der Abrüstungskonferenz bemerkbar gemacht: um die englisch-französische Einheitsfront gruppierten sich alle übrigen grossen und kleinen Mächte und Deutschland blieb schliesslich mit seinem radikalen Abrüstungsstandpunkt vollständig isoliert an der Seite Sowjetrusslands. Die Neutralen sagten sich von Deutschland los, weil sie die negative Haltung der deutschen Delegation als unfruchtbar, Obstruktion betrachteten und selbst Italien, auf dessen Unterstützung Deutschland gerechnet hatte, liess es natürlich, wie immer, im letzten Augenblick im Stich.

Italien war es auch, das als erste Grossmacht sich beeilte, von dem Angebot Frankreichs und Englands Gebrauch zu machen und seinen Beitritt zum Konsultativpakt verkündete. Im Bewusstsein ihrer wachsenden Isolierung entschloss

sich nun die Reichsregierung Hals über Kopf ebenfalls ihren Beitritt zu erklären. Nach innen versichert man zwar, dass dieser Schritt eigentlich gar nichts zu bedeuten hätte, weil überhaupt der ganze Pakt mehr eine Formalität sei. Aber in Wirklichkeit ist Deutschland damit neue Bindungen eingegangen, die seine aussenpolitische Handlungsfreiheit gerade im Hinblick auf die Revision des Friedensvertrages noch mehr einschränken als bisher. Das gilt insbesondere für den Osten und der Ausdruck "Ost-Locarno" trifft leider bis zu einem gewissen Grade auf die neue Vereinbarung zu, zumal Polen selbstverständlich gleichfalls seinen Beitritt erklärt hat. Es ist gar nicht auszudenken, was für eine nationalsozialistische Hetze gegen Männer wie Stresemann, Herman Müller oder Brüning unternommen worden wäre, wenn sie einen ähnlichen Schritt getan haben würden, wie dieser Tage der von Hitler tolerierte Reichskanzler von Papen.

Der Sinn der zehnjährigen deutschen Aussenpolitik war, im Osten eine diplomatische Rückendeckung zu schaffen, um die Westmächte unter Druck zu setzen und sie allmählich zu einer vernünftigeren Behandlung Deutschlands zu zwingen. Auch wer dieser Politik von Rapallo kritisch gegenüber stand, wird zugeben müssen, dass sie nicht erfolglos geblieben ist. Aber auch nach dieser Richtung vollzieht sich eine gefährliche Wandlung. Papens aussenpolitisches Steckenpferd war die "Heilige Allianz" der Westmächte mit Deutschland gegen Sowjetrussland. Man hat ihm in Lausanne auf alle Andeutungen dieser Art die kalte Schulter gezeigt. Dafür hat Frankreich die Gelegenheit benutzt, um auf Polen einen starken Druck im Sinne des endlichen Abschlusses eines Nichtangriffsvertrages mit der Sowjetunion auszuüben. Die Moskauer Regierung war angesichts des sowjetfeindlichen Kurses der neuen Reichsregierung gern bereit, der französischen Anregung zu folgen. Die Warschauer Regierung hat sich ebenfalls davon überzeugen lassen, dass es für Polen angesichts der Rechtsentwicklung in Deutschland viel vorteilhafter wäre, sich mit Russland zu versöhnen, weil es dann an seiner Ostgrenze entlastet würde und seine ganze Aufmerksamkeit auf Deutschland konzentrieren könnte. Es ist Frankreich damit gelungen, Russland von Deutschland loszulösen. Das bedeutet nichts weniger für Deutschland als den Zusammenbruch der Rapallo-Politik.

Damit wiederholt sich für Deutschland die diplomatische Katastrophe der Vorkriegszeit. Dank der glorreichen Führung durch Wilhelm II. ist das kaiserliche Deutschland völlig isoliert in den Weltkrieg hineingeschliddert. Die Männer des alten Regimes, die jetzt Deutschland wieder regieren, haben innerhalb zwei Monaten erreicht, dass Deutschland abermals restlos isoliert und völlig eingekreist ist. Wie einst ist diese Lage zum grossen Teil selbst verschuldet: die Einkreisung ist da - es ist wieder einmal eine Selbsteinkreisung. Ebenfalls ein Zeichen der "neuen Staatsführung".

SPD. Kiel, 9. August (Eig. Drahtb.)

Unter dem Verdacht, bei dem Sprengstoff-Attentat auf die Kieler Synagoge und das Warenhaus Karstadt mitgewirkt zu haben, waren vier Nationalsozialisten festgenommen worden. Drei wurden inzwischen wieder freigelassen. In der Wohnur der noch in Haft befindlichen "aufbauwilligen Kraft" wurde eine Stielhandgranate und eine Browning-Pistole mit 10 scharfen Schüssen gefunden. Ein richterlicher Haftbefehl ist erlassen. Der festgenommene Nazi-Patron wurde dem Gerichtsgefängnis zugeführt.

SPD. Das Berliner Nazi-Organ hetzt seit Tagen zum Mord. Weder der Reichsinnenminister noch der stellvertretende Reichskommissar für Preussen haben die Dreckschleuder bisher verwarnt, viel weniger verboten.

In seiner Dienstag-Ausgabe setzt das Blatt die Aufreizung der politischen

Leidenschaften fort. "In Fetzen zerrissen" - "Scheusslicher Mord an einem SS-Mann" lauten die dreispaltigen Ueberschriften und dann wird dem gruseligen Nazi-Spiesser in Form eines eigenen Drahtberichtes aus Breslau mitgeteilt, dass in der Nacht zum Dienstag der SS-Mann Jenke in Reichenbach von Reichsbannerleuten auf scheussliche Weise ermordet worden ist: "Jenke befand sich auf dem Nachhauseweg, als plötzlich aus einem am Wege befindlichen Gebüsch ein Sprengkörper mit so grosser Genauigkeit auf ihn geworfen wurde, dass seit Körper durch die weithin hörbare Explosion buchstäblich zerfetzt wurde. Er ist seinen schweren Verletzungen auf dem Transport nach dem Krankenhaus erlegen."

Als die Berliner Nazi-Dreckschleuder ihre Meldung in die Welt setzte, la bereits ein polizeiamtlicher Bericht über den Vorfal in Reichenbach vor. Da nach wollte Jenke auf einen sozialdemokratischen Redakteur einen Handgranaten anschlag verüben. Die Handgranate explodierte aber noch in der Hand, des nach dem Nazi-Blatt "auf scheussliche Weise" ermordeten Jenke, riss ihm eine Hand ab und brachte Jenke noch andere schwere Verletzungen bei, denen er auf dem Wege ins Krankenhaus erlag.

Der Tatbestand ist also der, dass ein Attentatsplan auf einen Sozialdemokraten, dem der Attentäter zum Opfer fiel, bewusst zu einem Verbrechen von Reichsbannerleuten auf den Verbrecher umgelogen und ebenso bewusst auf die Wiedergabe der polizeiamtlichen Darstellung verzichtet wird.

Am 1. August hat der stellvertretende Reichskommissar Bracht die Presse aufgefordert, sich jeder Aufputschung der Leidenschaften "auch durch unrichti Berichterstattung" zu enthalten. "Andernfalls hat sie schärfste Eingriffe in ihre Freiheit zu gewärtigen."

Wir fragen den Mann der "neuen Staatsführung", ist der Fall der Aufputschung der Leidenschaften "durch unrichtige Berichterstattung" angesichts des oben geschilderten Vorfalles bei der Berliner Nazi-Dreckschleuder nunmehr endlich gegeben oder wie lange noch darf dieses Blatt "der aufbauwilligen Kräfte" ungehindert weiter zum Mord auffordern und die Leidenschaften aufpeitschen?

SPD. München, 9. August (Eig. Drahtb.)

Der Antrag, den das Land Bayern auf Feststellung der verfassungsmässigen Rechte des Artikels 48 der Verfassung beim Staatsgerichtshof in Leipzig einreichte, hat folgenden Wortlaut:

"Das Reich darf im Wege einer Reichsexekution nach Artikel 48 Absatz 1 oder im Wege von Diktaturmassnahmen nach Artikel 48 Absatz 2, die den Ländern nach der Reichsverfassung und den Landesverfassungen zustehende Funktion der Staatsgewalt nur insoweit an sich ziehen, als dies mit dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches vereinbar ist und zur Erfüllung der angeblich verletzte Pflichten des Landes bezw. zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendig ist. Insbesondere ist es mit der Verfassung nicht vereinbar, wenn auf Grund des Artikels 48 Mitglieder von Landesregierungen ihres Amtes für verlustig erklärt oder neue Mitglieder von Landesregierungen ernannt werden, die Vertretung eines Landes gegenüber dem Reich, namentlich das Recht der Landesregierung zur Ernennung und Instruierung der Reichsratsbevollmächtigten aufgehoben, beschränkt oder beeinträchtigt wird, Landesbeamte ernannt, befördert, in den Ruhestand versetzt oder entlassen werden, Anleihen für Rechnung eines Landes aufgenommen werden."

SPD. Brüssel, 9. August (Eig. Drahtb.)

Der am Sonntag beschlossene Generalstreik der Bergarbeiter wird in allen Kohlenrevieren durchgeführt. Eine teilweise Ausnahme bildet das neue Limburger Revier, wo zum Teil feudal-industrielle Zustände herrschen. Hier wird in einzelnen Gruben noch gearbeitet.

Ernstere Ruhestörungen waren in dem Streikgebiet bisher nicht zu verzeichnen. Kleinere Zwischenfälle mit der Polizei oder der Gendarmerie sind jedoch an der Tagesordnung. Zahlreiche Arbeiter wurden bereits wegen angeblicher Streikdelikte vor Gericht gestellt und zum Teil mit erheblicher Strenge summarisch abgeurteilt. Insbesondere erregen Verurteilungen wegen Verweigerung der von den Behörden geforderten Notstandsarbeiten unter der Bevölkerung starke Empörung, zumal die Arbeiterorganisationen selbst die Verteilung der Instandhaltungsarbeiten übernehmen wollten. Zahlreiche Besitzer lehnten das jedoch ab.

Die Generalkommission der Gewerkschaften befasste sich am Dienstag in Brüssel mit dem Wunsch des Bergarbeiterkongresses, die Möglichkeit der Proklamierung des Generalstreiks für alle Berufe zu prüfen. Die Generalkommission kam zu dem Ergebnis, dass angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ein derartiger Schritt auch deshalb nicht zu rechtfertigen wäre, als die vom Parlament, der Regierung und den Unternehmern gemachten Zugeständnisse den formulierten Forderungen der Gesamtarbeiterschaft gerecht wurden. Mit dem neuen Kampf der Bergarbeiter erklärte sich die Generalkommission jedoch solidarisch. Sie überlässt es aber den einzelnen Berufszentralen zu entscheiden, in welcher Weise sie den Bergarbeitern zu Hilfe kommen wollen.

SPD. Am Montag-Abend liess der Reichskanzler wie aus einer Pistole heraus öffentlich feststellen, dass den "gegenwärtigen Zuständen unter brutaler Anwendung aller Machtmittel des Staates ein sofortiges Ende gemacht werden muss". Wenige Stunden später wurden die Polizeiposten vor den Regierungsgebäuden verstärkt und mit Karabinern versehen.

Was war geschehen? Planten etwa Kommunisten einen gewaltsamen Sturz der Papen-Regierung oder warum die plötzliche Entschlossenheit dieser Regierung zur Abwehr des Terrors? Nun die Herren haben ihre guten Gründe, über die sie aus ebenso guten Gründen schweigen. Nicht wegen der Kommunisten, nein wegen seiner "aufbauwilligen Kräfte" zeigte sich Herr von Papen plötzlich entschlossen. Mitteilungen über bestimmte Pläne und Absichten dieser Kräfte gegen bestimmte Personen und Gebäude in Berlin haben ihm einen ungeheuren Schreck eingejagt. Deshalb Hals über Kopf die Einberufung einer Kabinettsitzung zu Dienstag und die telegrafische Aufforderung zu sofortiger Rückkehr an alle von Berlin abwesenden Minister.

Diese Pläne und Absichten der von der Papen-Regierung legalisierten und dann auf das Volk losgelassenen Privatarmee Hitlers verstärkte die Vermutung, dass alle Terrormassnahmen nationalsozialistischer Banden planmässig vorbereitet und von einer oder mehreren Stellen aus durchgeführt werden. Das Ziel dieser Terrorakte ist das Volk und die Papen-Regierung langsam zu zermürben und so den Weg für die alleinige Übernahme der Macht durch die Nationalsozialisten freizumachen. Aus diesem Grunde sollten in der Nacht vom 10. zum 11. August auch in Berlin bestimmte Terrormassnahmen durchgeführt werden. Zunächst hat die Berliner Polizei davon Wind bekommen. Am Montag wurde auch Herr von Papen ins Bild gesetzt. Die allgemeine Ankündigung, dass dem Terror unter "brutaler Anwendung aller Machtmittel" ein Ende gemacht werden soll, war die Folge. Kein Wort gegen die "aufbauwilligen Kräfte" als die eigentlichen Urheber des plötzlichen Entschlusses. Der kürzlich von amtlicher Seite erweckte Eindruck, dass der grösste Teil der Terrorakte auf Kommunisten zurückzuführen sei und der Eindruck, dass sie deshalb als die intellektuellen Urheber der Abwehr-

Verordnung zu betrachten sind, dürfte nicht verwischt werden.

Die Ereignisse der letzten Tage insbesondere aber der unmittelbare Anlass zu der jüngsten Verordnung der Papen-Regierung haben die Preussen-Regierung Braun glänzend gerechtfertigt. Eine Gefahr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit bilden nicht die Kommunisten sondern die "aufbauwilligen Kräfte" der Regierung Papen. Sie ist so gross, dass sich selbst diese Regierung jetzt gezwungen sieht, gegen die Kräfte, die sie rief, vorzugehen. Damit ist die Innenpolitik der Papen-Regierung geradezu katastrophal zusammengebrochen. Aber dass diese Regierung deshalb geht oder nach eigenem Vorbild vom Reichspräsidenten gegangen wird, wer wollte es annehmen?

SPD. Köln, 9. August (Eig. Drahtb.)

In einer Kölner Synagoge wurde eine noch nicht abgeschossene Granate eines deutschen Feldgeschützes gefunden und der Polizei übermittelt. Vor einer anderen Synagoge wurden drei Besucher von Nazis angepöbelt und belästigt. Zwei retteten sich durch die Flucht in die Synagoge, der dritte, ein Deutsch-Schweizer aus Zürich, der zur Beerdigung seiner in Köln verstorbenen Mutter hier weilte, wurde niedergeschlagen und erlitt eine schwere Kopfverletzung, die zu seiner Einlieferung in ein Krankenhaus führte.

Die Polizei nahm sechs Nazis fest, die die Frechheit besaßen, Passanten nach Waffen zu durchsuchen. Einer der Burschen war im Besitz einer geladenen Pistole.

SPD. Paris, 9. August (Eig. Drahtb.)

Im Zusammenhang mit den letzten Attentaten in Schlesien und Pommern schreibt der Berliner Korrespondent des "Paris Midi":

"Es ist wirklich Zeit, dass dieser unqualifizierbare Skandal ein Ende nimmt und dass die Regierung die gegen die friedliche Bevölkerung entfesselten Hitler-Horden von der Strasse verjagt. Man hat dieser Tage von einem Neuen Verbot der Sturmabteilungen gesprochen. Es ist möglich, dass Baron von Geyl, der als erster die Gefahr erkannt hat, die Idee einer solchen Massnahme gehabt hat, die der gesunde Menschenverstand verlangt. Wir glauben jedoch nicht an die Durchführung eines solchen Planes, weil gegenwärtig nicht der gesunde Menschenverstand in Berlin entscheidet, sondern vielmehr die harte politische Wirklichkeit."

SPD. Schwerin, 9. August (Eig. Drahtb.)

Auf dem hiesigen Landtagsgebäude liessen die über eine Mehrheit von 30 zu 29 verfügenden Nazis am Dienstag neben der Landesflagge anstelle der Reichsflagge die Hakenkreuzfahne hissen. Drei SS-Leute mussten auf dem Dache Ehrenwache stehen, um eventuelle kommunistische Attentäter, die das Dach schon einmal bestiegen hatten, abzuwehren.

In der über die Flaggen-Komödie von der Sozialdemokratie herbeigeführten Aussprache protestierten alle Parteien, einschliesslich die Deutschnationalen gegen die Nazifahne auf dem Landtagsgebäude und zwar als rechtswidrig und eines allen dienenden Staatswesens unwürdig.

Eine grosse Anfrage der Sozialdemokraten wegen der letzten in Mecklenburg vorgekommenen nationalsozialistischen Terrorakte wurde von den Nazis aus formellen Gründen nicht zur Verhandlung zugelassen. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Arbeitsbeschaffung wurde von den Nazis abgelehnt.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Anlässlich der Bekanntgabe der Juni-Verordnung gegen politische Ausschreitungen hat der Reichspräsident für den Fall des Wiederauflebens politischer Gewalttätigkeiten neue scharfe Ausnahmeverordnungen angekündigt. Die letzten Wochen haben in Deutschland bisher unerhörte Gewaltakte gebracht. Reichspräsident und Reichsregierung haben sich daher entschlossen, zur Unterdrückung des politischen Terrors von den schärfsten Mitteln Gebrauch zu machen.

Politische Gewalttaten werden durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 9. August 1932 unter schwersten Strafdrohungen gestellt, für die ernstester Fälle wird die Todesstrafe angedroht. Das geltende Recht sieht die Todesstrafe vor für den Mörder, der mit Ueberlegung tötet und für schwere Sprengstoffverbrecher. Künftig hat auch der sein Leben verwirkt, der ohne Ueberlegung in der Leidenschaft des politischen Kampfes, aus Zorn und Hass einen tödlichen Angriff auf seinen Gegner unternimmt oder einen Polizeibeamten oder einen Angehörigen der Wehrmacht tötet. Auch der wird mit dem Tode bestraft, der durch eine Brandstiftung oder ein anderes gemeingefährliches Verbrechen den Tod eines Menschen verursacht.

Zuchthausstrafe nicht unter 10 Jahren trifft denjenigen, der eine schwer Körperverletzung durch Anwendung einer Schusswaffe oder bei einem tätlichen Angriff auf einen Polizeibeamten verursacht. Die gleiche Strafe trifft alle, die sich an Aufruhr oder Landfriedensbruch in erschwerter Weise beteiligen. Mit Zuchthaus wird künftig ferner eine Reihe von Gewalttätigkeiten bestraft, die bisher nur mit leichten Strafen bedroht waren. Alle aus politischen Beweggründen begangenen Körperverletzungen, wenn sie von mehreren gemeinschaftlich mit einer Waffe oder einem gefährlichen Werkzeug verübt sind, stehen künftig unter Zuchthausstrafe, ferner alle Gewalttätigkeiten, die mit Schusswaffen begangen werden und jeder tätliche Angriff auf einen Polizeibeamten, wenn er auch nur zu einer einfachen Körperverletzung geführt hat. Zuchthaus ist ferner angedroht für die leichteren Fälle des Aufruhrs und des Landfriedensbruchs und, im Hinblick auf Vorkommnisse der letzten Zeit, für den aus politischen Beweggründen begangenen erschweren Hausfriedensbruch.

Um die neuen schweren Strafdrohungen mit Nachdruck zur Geltung zu bringen hat die Reichsregierung für diejenigen Bezirke, in denen dafür ein Bedürfnis hervorgetreten ist, im Benehmen mit der zuständigen Landesregierung Sondergerichte errichtet. Die Sondergerichte sind Gerichte des Landes. Sie arbeiten nach einem beschleunigten Verfahren. Ihre Urteile sind keinem Rechtsmittel unterworfen und deshalb sofort mit ihrer Verkündung rechtskräftig und vollstreckbar. Neben den durch die Verordnung des Reichspräsidenten neu geschaffenen Tatbeständen sind den Sondergerichten grundsätzlich auch alle leichteren Fälle der im politischen Kampf vorkommenden strafbaren Handlungen zugewiesen, Fälle von minderer Bedeutung sollen jedoch in der Regel dem ordentlichen Verfahren zugeleitet werden.

Es war erwogen, weitere strafscharfende Bestimmungen gegen diejenigen zu treffen, die aus dem Hintergrund die Massen zu Gewalttätigkeiten aufreizen. Einstweilen ist jedoch von einer solchen Massnahme mit Rücksicht darauf abgesehen worden, dass § 11 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 bereits Gefängnis nicht unter drei Monaten für den androht, der öffentlich zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen auffordert oder anreizt. Es wird nachdrücklich dafür gesorgt werden, dass diese Strafvorschrift gegen jedermann, auch gegen die Presse, die zu einem Teil in letzter Zeit in unverantwortlicher Weise gehetzt hat, unnachsichtlich zur Anwendung gebracht wird.

In der Bevölkerung sind auch neuerdings von verschiedener Seite Hoffnungen auf eine umfassende Amnestie erweckt worden. Die Reichsregierung erklärt, dass eine Amnestierung politischer Straftaten in schroffstem Gegensatz zu ihrer mit

mit den neuen Verordnungen verfolgte Absicht stehen würde, politische Gewalttaten unnachsichtlich mit den schärfsten Massnahmen zu bekämpfen. Sie wird diesen Standpunkt jedem etwa auftauchenden Wunsch nach einer Amnestie mit Nachdruck entgegensetzen.

SPD. Braunschweig, 9. August (Eig. Dr.)
Die beiden Sprengstoffattentäter, die vor einigen Tagen ein Bombenattentat in der Langstrasse verübten, waren, wie jetzt bekannt wird, schwer bewaffnet. Beide führten Revolver bei sich in genau der gleichen Art, wie sie die Braunschweiger Polizei trägt. Sie besaßen ferner je 25 bzw. 60 Schuss Munition. Die Polizei hat diese die Nazis schwer belastende Tatsache bisher nicht bekannt gegeben.

SPD. Es sind knapp zwei Monate verfllossen, seit die Regierung "der starken Männer" am Ruder ist. Aber so sehr ist die von ihr in alle Welt posaunte "Ruhe und Ordnung" hergestellt und gesichert, dass die neue Staatsführung jetzt, nach allen vergeblichen und "letzten Warnungen" zum letzten Notanker greifen musste. Nach knapp zwei Monaten Regierungstätigkeit der Herren Papen, Gayl und Schleicher wird der Zauberstab der Sondergerichte aus dem Arsenal des Schreckens hervorgeholt und die Todesstrafe für bestimmte Gesetzesverletzungen notverordnet.

Am 13. April hat der Reichspräsident auf Wunsch der Regierung Brüning die SA mit folgender Begründung verboten:

"Keine Reichsregierung kann es dulden, dass irgendeine Partei den Versuch macht, einen Staat im Staate zu bilden, und sich Machtmittel schafft, durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen."

Einen Monat später hat der gleiche Reichspräsident auf Wunsch der Regierung Papen das Verbot, entgegen der Mahnungen und Beschwörungen der Einzelstaaten, wieder aufgehoben. Den "aufbauwilligen Kräften" wurde die Strasse freigegeben. Wohin diese Politik geführt hat, sehen wir heute. Mord und Totschlag sind an der Tagesordnung. Die die klassischen Worte Brünings in den Papierkorb geworfen haben, holen jetzt die Sondergerichte gegen die Geister, die sie gerufen und wieder los werden wollen. Schneller als hier die Geschichte kann auch kein Ausnahmegericht sein Urteil fällen.

Das Uebel dieser Tage datiert nicht zuletzt seit dem Signal, die republikanische und linksstehende Mehrheit des Volkes als Bürger zweiten Grades und als Objekte der Gesetzgebung zu betrachten und nur dort "aufbauwillige" Kräfte zu sehen, wo seit jeher Geist durch Gewalt ersetzt wird.

SPD. Braunschweig, 9. August (Eig. Dr.)
In Cattenstedt im Kreise Blankenburg wurde der Kandidat der SPD bereits im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit zum Gemeindevorsteher gewählt. Das Wahlergebnis ist als Antwort der Arbeitnehmerschaft auf die terroristischen Anschläge der nationalsozialistischen SA zu betrachten.

SPD. Der Nazi-Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin und Goebbels-Schwager Ganzow erklärte dieser Tage in einer Ausschusssitzung des Landtages zu seinen Pgs:

"Was wollen Sie denn, wir können doch auch nicht zaubern."

Die Zauberer und Wundertäter entlarven sich selbst schneller als man es erwartet hat. Uebrig bleiben die entzauberten, langen Gesichter der aus dem Nazi-Himmel gefallenen und betrogenen Wähler.

SPD. München, 9. August (Eig. Drahtb.)

Im Zusammenhang mit den in den letzten Tagen gemeldeten Brandstiftungen in München wurden 6 Nationalsozialisten verhaftet. Von den Brandstiftungen wurde auch ein Heim der Arbeiterjugend betroffen.

SPD. Der Reichspräsident hat am Dienstag durch eine neue Notverordnung die Verlängerung des "Burgfriedens" einschliesslich des Demonstrationsverbots bis Ende August verfügt.

Die verschärften Strafbestimmungen gegen terroristische Akte werden am Mittwoch im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Sie treten damit in Kraft. Bis dahin sollen über die Einrichtung von Sondergerichten in Preussen die erforderlichen Entscheidungen gefällt werden. Vorgesehen sind derartige Sondergerichte für Preussen, in Schlesien, Berlin-Brandenburg, Schleswig-Holstein und das Ruhrgebiet. Als Richter werden nur Berufsrichter, keine Laienrichter bestellt werden.

SPD. Breslau, 9. August (Eig. Drahtb.)

In Strehlen wurde am Dienstag abend in unmittelbarer Nähe des Gewerkschaftshauses eine grosse Bombe gefunden. Die Bombe hatte ihr Ziel verfehlt und war ins Gras gefallen, sodass sie nicht explodierte. Im Falle einer Explosion wären sämtliche Baracken des Gewerkschaftshauses und die Volksküche zerstört worden. Die Bombe wurde auf Veranlassung des Landrates Weese fachmännisch untersucht. Es stellte sich heraus, dass der benutzte Sprengstoff nicht aus dem Steinbruch Strehlen stammt sondern aus der Sprengstofffabrik Reimsdorf bei Magdeburg.

Am Dienstag morgen gegen 3 Uhr wurden in Strehlen die Schaufenster zweier jüdischer Geschäfte eingeworfen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Piccard, der Jünger.

Die Eroberung der Luft durch den Ballon. - Die künstliche Taube Archytus' -
Goethe preist die "Weltbewegung"

SPD. Die Vorläufer der modernen Luftschiffahrt - soweit sie auf dem Prinzip des "leichter als Luft" beruht - sind bis in die Antike zurückzuführen. Nach dem römischen Schriftsteller Aulus Gellius ist der erste Ballonkonstrukteur der Mathematiker Archytus von Tarent gewesen. In seinen "Attischen Nächten" erzählt nämlich Gellius, dass Archytus schon im Jahre 400 v. Chr. eine künstliche Taube angefertigt habe, die durch einen "versteckt darin eingeschlossenen Lufthauch in die Höhe stieg" und, wie Gellius fortfährt, "wenn sie sich einmal niederliess, sich nicht mehr erhob". Diese künstliche Taube war ohne Zweifel der erste Freiballon, den die Erde sah.

Die Versuche Leonardo da Vincis

In den folgenden Jahrhunderten schweigt die Geschichte. Wir finden keine einzige Mitteilung über menschliche Flugversuche. Erst als die Antike in der Renaissance wiedererwacht und die Wissenschaft sich aus dem Dunkel des Mittelalters zu neuem Aufschwung erhebt, erinnert sich der Mensch seiner Sehnsucht. Aus alten Berichten erfahren wir, dass der grosse Maler Leonardo da Vinci dünnwandige Tier- und Menschenfiguren formte, sie mit warmer Luft füllte und hochsteigen liess. Auch die Feuerdrachen, die Feldzeichen und Tiergestalten aus Stoff, die aus ihren aufgesperrten Rachen Feuerbrände spieen und in den Schlachten der Renaissance dem Heere vorangetragen wurden, wurden durch heisse Gase in der Luft schwebend gehalten. Einen Schritt weiter kam man, als 1650 Otto v. Guericke die Luftpumpe erfand. Mit ihrer Hilfe konnte man den luftleeren Raum erzeugen, und der Gedanke, dieses Vacuum als Auftrieb zu verwenden, wurde verschiedentlich zu verwirklichen gesucht. So konstruierte Francesco Lana einen Vacuumballon, bei dem vier leergepumpte Metallkugeln ein hölzernes Boot tragen sollten. Daneben spielen schwebende Kugeln, die durch aufsteigenden Dampf oder Rauch emporgehoben werden, in der Barockdichtung eine grosse Rolle; so in Bergeracs "Reise nach dem Mond". Aber auch an geglückten praktischen Versuchen fehlt es nicht. 1709 liess der Portugiese Gusmao vor dem König in Lissabon einen Ballon mit Hilfe erhitzter Luft steigen; zwanzig Jahre später erreicht ein Modell des Physikers de Gusman, ein mit Papier überzogener Weidenkorb, eine Höhe von 60 Metern.

Mit Hammel, Hahn und Ente...

Ein entscheidender Abschnitt in der Geschichte der Luftschiffahrt beginnt 1783. In diesem Jahre liessen die Brüder Montgolfier, die Söhne eines reichen französischen Papierfabrikanten, zum ersten Mal einen über Feuer erhitzten Ballon, eine "Montgolfière" öffentlich aufsteigen. Die Hülle des Ballons bestand aus Leinwand, die man mit Papier gefüttert hatte, in der angehängten Gondel waren ein Hammel, ein Hahn und eine Ente eingeschlossen, die wohlbehalten mit dem Ballon wieder die Erde erreichten. Dem ersten Flug folgten zahlreiche Schauflüge, bei denen die teilweise bemannten "Montgolfières" eine Höhe von 2 000 Meter erreichten. Kurze Zeit darauf verdunkelt ein neuer Fortschritt den Ruhm der Brüder Montgolfier.

Als im Jahre 1766 der englische Chemiker Cavendish den Wasserstoff entdeckte, wurden im stillen zahlreiche Versuche unternommen, um dieses neue Gas als Ballonfüllung zu verwenden, doch scheiterten sie immer wieder an der

Undichtigkeit der Hülle. Erst als die Brüder Roberts ein Mittel zur Lösung von Kautschuk gefunden hatten, gelang dem französischen Physiker Charlier der Bau eines 35 cbm umfassenden Gasballons einer "Charlière", die am 27. August 1783 aufstieg. Schon im Dezember desselben Jahres erreichte Charlier mit einem Begleiter eine Höhe von 3 000 Metern, gleichzeitig legte er in 4 Stunden 64 Kilometer zurück - die Ueberlegenheit des Gasballons über den Heissluftballon war gesichert. Angesichts dieser kühnen Taten jubelte ganz Europa. Begeistert rief Wieland: "Die Erfindung des Ballons ist das Höchste, was Menschenwitz und Menschengestalt hervorgebracht haben", und Goethe, der selber Gas-Versuche unternommen hatte, schilderte noch nach Jahrzehnten, welche "Weltbewegung daraus entstanden sei". In einer Vorlesung aber beschreibt Charlier selber das Wonnegefühl, das ihn bei seinem ersten Aufstieg bewegte: "Dem letzten meiner Verkleinerer hätte ich zurufen mögen: Sieh da, Unglücklicher, was man verliert, wenn man den Fortschritt der Wissenschaft aufhält."

Schon 1785 über den Aermelkanal!

Wenig bekannt ist, dass schon 1785 der Franzose Blanchard mit einem amerikanischen Marinearzt den Aermelkanal im Ballon überflog. Der zweite Flug forderte zwei Opfer: die ersten Pioniere der Luftfahrt, die ihr Leben einsetzten. Es waren die Franzosen Rozier und Romain, die in einer "Rozière", ein Mittelding zwischen Heissluft- und Gasballon, aufstiegen; aber noch an der französischen Küste explodierte der Ballon.

In den französischen Revolutionskriegen wurden die Ballons zu Aufklärungszwecken und Bombenwürfen verwandt, in der Schlacht bei Fleurus benützte man Fesselballons, und im Jahre 1791 führte der Militärluftschiffer Garnerin den ersten geglückten Fallschirmsprung aus. Jedoch unter dem Eindruck der zahlreichen Verluste, der grossen Abhängigkeit vom Wetter, die zusammen mit der technischen Unvollkommenheit, der Operationsfähigkeit der Ballons stark beeinträchtigte, löste Napoleon 1799 die Luftschifferkompagnien und die "Aeronautenschule" wieder auf. Erst in den Kriegen der zweiten Jahrhunderthälfte spielt der Luftballon wieder eine militärische Rolle. Nicht weniger als 65 Ballons stiegen 1870/71 aus dem belagerten Paris auf; 57 von ihnen erreichten wohlbehalten ihr Ziel; 2 Millionen Briefe wurden mit ihnen befördert.

Der Weg in die Unendlichkeit.

Die letzten Jahrzehnte sahen den Ballon vor allem im Dienst der Wissenschaft. Allerdings scheiterte das tollkühne Projekt des Schweden Abdré, der mit einem Freiballon im Juni 1897 den Nordpol erreichen wollte, aber schon nach den ersten 64 Kilometern niedergehen musste; 30 Jahre später fand eine norwegische Expedition die Leichen der Verschollenen. Andere wissenschaftliche Ballonversuche, die vor allem der Erforschung atmosphärischer Strömungen und anderer meteorologischer Phänomene gelten sollten, glückten: der Engländer Glaisher kam in den sechziger Jahren bis 8 500 Meter hoch; der deutsche Ballonfahrer Süring 1901 10 800 Meter; dem Belgier Piccard aber gelang der Einbruch in die Stratosphäre: im Mai vorigen Jahres erreichte er die Höhe von 16 000 Metern.

Ob Piccard diesmal einen neuen Weltrekord aufstellen wird, ist noch fraglich; es ist ihm um die wissenschaftliche Leistung, nicht um die sportliche Ziffer zu tun. Der Aufstieg vom Züricher Flugplatz Dübendorf ist in diesen Tagen zu erwarten.

A.P.

+ + +

Autokatastrophe. In der Nähe von Salamanca (Spanien) stürzte ein vollbesetzter Ausflugsautobus in eine 30 Meter tiefe Schlucht. Sechs Personen kamen ums Leben, etwa 20 wurden schwer verletzt. Das Unglück soll auf Versagen der Bremsen zurückzuführen sein.

+ + +
Olympia-Preis für - Literatur. Bei dem olympischen Literaturbewerb in Los Angeles ist ein Deutscher als Sieger hervorgegangen: der Erforscher des Himalaya-Gipfels Paul Bauer erhielt für sein Buch "Am Kangehonzongha" die Goldene Medaille. Für Leistungen in Malerei und Plastik erhielten deutsche Wettbewerbsteilnehmer lobende Erwähnungen.

Im Schwinnstadion erkämpften sich die Amerikanerinnen Madison und Galizen Golde Medaillen. Helen Madison kralte 100 m mit 1 : 06,8. Ausserdem zeigen bei den Schwimmwettkämpfen die Japaner sehr gute Leistungen. Bei der Segelympia liegt der Deutsche Behr an 3. Stelle.

Ebenso häufig wie olympische Rekorde sind neuerdings in Los Angeles olympische Krachs. Bei dem Spiel der deutschen Wasserballer gegen die brasilianischen kam es wiederholt zu langen Streitereien; da die Brasilianer sich nicht den Anordnungen des Schiedsrichters fügten, wurden sie vom olympischen Wasserballturnier ausgeschlossen und vom Internationalen Schwimmverband disqualifiziert. Der Schiedsrichter wurde von den Brasilianern verprügelt. Unter der argentinischen Schwimmschaft kam es zu einer Boxerei; der argentinische Olympia-Präsident demissionierte; infolgedessen zog sich auch der argentinische Kraulfavorit Zorilla zur Enttäuschung des Publikums aus der Kampffront zurück. Am heftigsten machte indes der Italiener Rizola seinem bedrängten Herzen Luft: er stürzte in die Garderobe des Nürnberger Ringers Brendel, von dem er kurz zuvor besiegt worden war, und bedrohte ihn mit einem Messer. Rizola konnte rechtzeitig von einem Polizisten überwältigt werden.

+ + +
"Kirchenpfleger". In Spaichingen (Württemberg) wurde ein Kirchenpfleger wegen Unterschlagung von 4 000 Mark verhaftet und ins Tübinger Kreisgefängnis eingeliefert. Der Festgenommene gehörte dem Stadtrat an und war Mitglied des Aufsichtsrats der Spaichinger Bank für Handel und Gewerbe.

Auch in der nationalsozialistischen "Hochburg" Hebsack bei Schorndorf wurde ein Kirchenpfleger wegen Veruntreuung von 1 500 Mark verhaftet. Der Betrüger hatte der ihm vorgesetzten Behörde gegenüber angegeben, dass ihm das Geld von zwei Strassenbauarbeitern entwendet worden sei. Die Verdächtigten wurden eingehend visitiert und verhört. Als der kirchliche Betrüger sah, dass er mit seinen Lügen nicht weit kam, gestand er, dass er bei sich selbst - eingebrochen und die Strassenbauarbeiter wissentlich falsch verdächtigt habe. Die Polizei fand das unterschlagene Geld auf dem Anwesen des Kirchenpflegers; ausserdem entdeckte sie mehrere Gewehre. Wutentbrannt nannt der Gauer nun noch andere Waffenbesitzer. Eine Durchsuchung führte zur Beschlagnahme eines kleinen Gewehrlagers.

+ + +
Hitzewelle. Moskau wird augenblicklich von einer Hitzekatastrophe heimgesucht. Die sonst um diese Jahreszeit etwa 19 Grad betragende Tagestemperatur stieg bis 35 Grad. Vielfach entstanden durch die Trockenheit Brände.

+ + +
Gepfändete Stadt. Die mecklenburgische Stadt Ribnitz musste Konkurs anmelden. Ein Gerichtsvollzieher hat im Auftrag von zwei Rostocker Kohlenlieferanten 69 städtische Torfmieten mit dem amtlichen Pfandsiegel versehen. Die Rostocker Firmen haben finanzielle Ansprüche für Kohlenrechnungen.

Wirtschaft Technik Handel

Ein Opfer des Kaufkraftmords.

Berliner Beamtenwirtschaftsverein zahlungsunfähig.

SPD. Der seit 30 Jahren bestehende Beamten=Wirtschaftsverein zu Berlin, der 120 000 Mitglieder zählt und dem Christlichen Reichsverband der Deutschen Konsumvereine organisatorisch nahesteht, hat am späten Montag=Abend die Einstellung der Zahlungen beschlossen.

In einer Erklärung des Vereins wird die Zahlungseinstellung mit dem Interesse der Gläubiger, besonders aber der Sparer des Beamten=Wirtschaftsvereins begründet. Es werde ein Vergleich angestrebt, der auf eine volle Befriedigung besonders der Spargläubiger abziele. Der Grund der Zahlungseinstellung sei mangelnde Zahlungsflüssigkeit (Illiquidität), die auf die Schrumpfung des Sparkassenbestandes zurückzuführen sei. Die 1929 noch 16,5 Millionen Mark betragenden Spareinlagen, wovon damals die Hälfte flüssig war, sei auf weniger als die Hälfte zurückgegangen. Die Krise der beamtenwirtschaftlichen Zusammenbrüche im Sommer und Herbst 1929 hätte leicht überstanden werden können, jedoch hätten die Folgen der allgemeinen Bankenkrise vom Juli 1931 bis heute nachgewirkt. Wenn bisher unter Einrechnung der gutgeschriebenen Zinsen 11 Millionen Spareinlagen in bar ausgezahlt worden seien, so liege hier eine Leistung vor, denen nur wenige Institute gewachsen gewesen seien. Die Vorbereitungen zur Einleitung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens seien im Gange. Der Warenverteilungsbetrieb wird uneingeschränkt aufrecht erhalten.

Der Beamten=Wirtschaftsverein zu Berlin hat in Berlin und Umgebung etwa 120 Filialen, ausserdem ein Warenhaus und eine Sparkassenorganisation. Organisatorisch und auch revisionstechnisch gehört er zum Christlichen Verband Deutscher Konsumvereine, der dem Zentrum nahesteht. Soweit es möglich war, wurde der Verein bisher auch von der Gepag, der Grosseinkaufsgesellschaft der Christlichen Konsumvereinsorganisation, finanziell gestützt. Der Umsatz soll im letzten abgeschlossenen Jahre rund 18 Millionen Mark betragen haben. Die 120 000 Mitglieder haben je 60 Mark Mitgliedsbeiträge, also insgesamt 7,2 Millionen Mark Geschäftsanteil=Vermögen eingezahlt. Bei den 120 000 Mitgliedern dürfte sich eine grosse Anzahl Papiersoldaten befinden; sonst wäre der niedrige Durchschnittsumsatz von 120 Mark pro Kopf nicht leicht zu erklären.

Wie wir erfahren, haben die finanziellen Schwierigkeiten, die besonders von der Sparkasse kamen, schon seit längerer Zeit bestanden. Noch Ende voriger Woche sind in den Reichsministerien Verhandlungen wegen einer finanziellen Stützung geführt worden. Die Verhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt. Man wird deshalb die Zahlungseinstellung als eine vorsorgliche Massnahme betrachten dürfen, einmal um bis auf weiteres Neuabhebungen von Spareinlagen und eine weitere Schwächung der finanziellen Grundlage zu verhindern und zum anderen, um eine ungestörte Fortführung des Verkaufsgeschäftes durchführen zu können. Man darf es für wahrscheinlich halten, dass durch das Zusammenwirken des Vorstandes des Verbands der christlichen Konsumvereine mit den Regierungsstellen und mit der Reichsbank doch noch längerfristige Kredite lokaler gemacht werden können, um eine Aufrechterhaltung des Beamten=Wirtschaftsvereins sicherzustellen. Es ist bekannt, dass schon seit vielen Wochen Ver-

handlungen über einen grossen Kredit zugunsten der Konsumvereinsverbände laufen, für den eine Reichsbürgschaft gegeben werden soll und über den das Reichskabinett in der nächsten Zeit die Entscheidung treffen soll.

Gegenüber den früheren beamtenwirtschaftlichen Zusammenbrüchen ist im Falle des Berliner Beamtenwirtschaftsvereins zu sagen, dass Schiebungen und Unredlichkeiten nicht vorliegen. Sicher ist es so, dass die Leitung des Beamtenwirtschaftsvereins eine so schwere und andauernde Wirtschaftskrise bei der Anlage der Sparkassengelder nicht vorhergesehen hat und dass die Gelder weniger flüssig gehalten worden sind, als sie für so schwere Zeiten hätten gehalten werden müssen. Es handelt sich hier aber im Wesentlichen um eine echte Wirtschaftskatastrophe, deren Eintritt dadurch beschleunigt worden ist, dass die vielfachen Gehaltssenkungen auch bei den Beamten vielfach zur Unterschreitung des Existenzminimums geführt haben, wodurch der Rückgriff auf die Spareinlagen beim Beamtenwirtschaftsvereins unvermeidlich wurde. Die Unruhe unter den Beamten und Sparern ist freilich ganz bedeutend durch die nationalsozialistische Agitation gefördert worden, die wegen der Befürchtungen einer Inflation auch die Spareinlagen des Vereins bedroht erscheinen liess.

Man muss bedauern, dass eine rechtzeitige Stützung des Beamtenwirtschaftsvereins durch öffentliche Kredite nicht sichergestellt werden konnte. Wenn man bedenkt, dass hunderte von Millionen zur Stützung der Banken und Dutzende von Millionen zur Stützung der gewerblichen Mittelstandsgenossenschaften bereit gestellt wurden, so hätte man erwarten dürfen, dass die Hilfe des Staates in diesem Falle stärker in Erscheinung treten würde, als es geschehen ist. Auch die Reichsbehörden und die Reichsbank müssen sich sagen, dass die beste kaufmännische Disposition und die grösste Vorsicht in der Geschäftsführung angesichts des systematischen Kaufkraftmordes, wie er in Deutschland durchgeführt worden ist, den an einem bestimmten Punkte zwangsläufig eintretenden Finanzschwierigkeiten nicht mehr gewachsen sein kann. Man muss es als ein Unrecht bezeichnen, wenn Beamten Sparern, wie es im Falle des Beamtenwirtschaftsvereins geschehen wird, Einbussen an ihren Ersparnissen zugemutet werden, die durch eine langfristige Stützung hätten vermieden werden können. Gerade bei Verbraucherorganisationen sind solche Stützungen gerechtfertigt, da eine wieder ansteigende Konjunktur sofort die finanziellen Grundlagen erheblich verbessert und in dem schnellsteigenden Umsatz alle Garantien zur Rückzahlung gewährter Kredite gegeben sind.

SPD. Nach dem Reichsbankausweis vom 6. August hat die erste Augustwoche eine starke Entlastung von den zum Ende Juli gewährten Krediten gebracht. Rund die Hälfte der in Anspruch genommenen Kredite kam zur Rückzahlung. Die Wechselbestände gingen um 63,6 auf 3043,9, die Bestände an Reichsschatzwechseln um 20,5 auf 27,1 und die Lombarddarlehen um 117,9 auf 106,2 Millionen Mark zurück. Auf dem Konto der zinsfreien Girogelder ergab sich eine Verringerung um 45,7 auf 333,9 Millionen Mark. Der Notenumlauf verringerte sich um 144,8 auf 3822,1 Millionen.

Die Gold- und Devisenbilanz der Reichsbank blieb auch in der vergangenen Woche wieder im Gleichgewicht. Die Goldbestände nahmen um 3,2 auf 763,0 Millionen ab, dafür vermehrten sich aber die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 3,5 auf 131,4 Millionen Mark. Die Deckung der umlaufenden Noten durch Gold und Devisen hat sich gegenüber der Vorwoche um 22,5 auf 23,4 Millionen Mark verbessert. Die Summe der umlaufenden Noten lag am 6. August um rund 500 Millionen Mark niedriger als zur gleichen Zeit des vorigen Jahres.

SPD. Am Dienstag ist eine neue Verordnung über den Beimischungszwang von Kartoffelsprit zu Motortreibstoffen veröffentlicht worden, nach der die bisherige Beimischungsquote von 6 auf 10 Prozent erhöht wird. Die Erhöhung tritt in Kraft, sobald die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein den Spritpreis neu festgesetzt hat. Er soll ein wenig unter dem bisherigen Preis liegen, wodurch aber an der neuen starken Belastung der Kraftverkehrswirtschaft nichts geändert wird.

Der unheilvolle Weg, den Schiele mit der Sprit-Beimischung beschritten hat, wird also von Herrn von Braun weitergegangen. Wiederum wird den gross-agrarischen Kartoffelbrennern, die nur mit 1,4 Prozent an der gesamten Kartoffelernte beteiligt sind, eine neue Subvention von weit mehr als 20 Millionen Mark zugeschoben. Um diese Summe muss der Motortreibstoff also verteuert werden. Die notleidende Kraftverkehrswirtschaft muss die Schnapsbarone am Leben erhalten, deren einzige Arbeit daran besteht, Artikel in den Zeitungen zu veranlassen, wie leicht Kartoffelsprit von der Kraftverkehrswirtschaft in noch viel stärkerer Masse als bisher verwendet werden könnte.

Die Herren Landwirte selber hüten sich aber davor, etwas mehr, als gesetzlich vorgeschrieben ist, von dem Kartoffelsprit zu verwerten. Sie wissen ganz genau, dass der Kartoffelsprit 50 Mark pro Hektoliter kostet, während Benzin für 25 Mark zu haben ist. Dabei könnte die Landwirtschaft, wenn sie die technisch höchstmögliche Verwendung von Sprit vornehmen könnte, die von der Allgemeinheit der Kraftfahrer zu tragenden Lasten fühlbar verringern. Eine Erhöhung der Beimischungsquote wäre dann vollkommen überflüssig. Aber das Wort Selbsthilfe wird ja immer von den Landwirten nur im Munde geführt, praktisch dagegen nie angewendet. Diese bequeme Abschiebung der Lasten auf andere Berufsstände wird hier von der Baronsregierung auch wahrhaft leicht gemacht.

SPD. Eine merkwürdige Arbeitsbeschaffung wird gegenwärtig durch die Gewährung einer Subvention von 12 Millionen Mark an die grossen deutschen Reedereien durchgeführt. Das Reich stellt die 12 Millionen als Abwrack-Prämien dem Norddeutschen Lloyd und der Hapag, der Hansalinie, der Hamburg-Südamerikalinie und den Trampreedereien zur Verfügung. Die Subvention entspricht den von den Reedereien schon seit längerer Zeit gestellten Anträgen, die allerdings auf eine mehr als doppelt so hohe Summe lauteten. Es sollen 400 000 Bruttoregistertonnen Schiffsraum abgewrackt, d.h. verschrottet werden. Die Begründung lautet so, dass die Reedereien von sich aus finanziell zur Bereinigung ihres Schiffparkes nicht in der Lage seien und dass beim Wiederaufstieg der Wirtschaft die Schaffung neuer und leistungsfähigerer Tonnage für den Konkurrenzkampf durch die Subvention erleichtert werde. Man weist auch daraufhin, dass beispielsweise Italien und auch Japan ihren Schiffahrtsgesellschaften zu den gleichen Zwecken Prämien gewährt hätten.

Es handelt sich hier um eine reine Subvention auf Kosten des Steuerzahlers, deren Zweckmässigkeit sehr bezweifelt werden muss. Die grossen deutschen Reedereien haben anerkanntermassen den modernsten Schiffsbestand und ein grosser Abwrackbedarf dürfte nicht bestehen. Es ist eine Verschwendung von Kapital, erst in übermässiger Masse neue Schiffe zu bauen, und wenn sie dann nicht mehr beschäftigt werden können, sie dann zu verschrotten. An diesem schuldhaften Versagen der Wirtschaftsführer ändert auch die Tatsache nichts, dass durch das Abwracken 3000 Werftarbeiter neue Arbeit erhalten sollen.

SPD. Der Reichsernährungsminister hat eine neue Roggenstützungsaktion in Marsch gesetzt. Auch diese Aktion dient der Stützung der Roggenpreise, wobei einem freilich das Verständnis für die Notwendigkeit der Massnahme nicht leicht fällt; denn der jetzige Roggenpreis von 8 Mark je dz ist wahrlich ein annehmbarer Preis. Die Roggenstützungsaktion wird diesmal so durchgeführt, dass die staatliche Getreidehandelsgesellschaft deutschen Roggen und deutsche Gerste aufkauft und in Verbindung mit den noch vorhandenen Russenroggen in den Schweinemast-Gebieten als Viehfutter verkaufen soll. Der Abgabepreis für die Tonne des Gemisches ist auf 160 Mark festgesetzt. Um den Landwirten nach der Ernte hohe Preise zu sichern, wird zunächst nur Inlandsroggen und -gerste eingesetzt, Auslandsroggen erst vom Dezember und Januar an.

Die Stützungsabsicht für die Roggenpreise ist klar zu erkennen. Weniger klar ist aber, wie der Reichsernährungsminister seine Behauptung wahr machen will, dass mit dem festgesetzten Preis von 160 Mark je Tonne oder 16 Mark je dz ein Vorteil für die Schweinemäster gegeben sei. Die Förderung der Veredelungsproduktion wird von der Reichsregierung alle Tage verkündet. Tatsache ist aber, dass ausser dem Kraftfutter zur Mästung eines Zweizentner-Schweins 5 dz Getreide notwendig sind, die 80 Mark kosten (Aufzuchtskosten noch garnicht gerechnet) und dass für ein Zweizentner-Schwein gegenwärtig nur ein Preis von 90 Mark erzielt wird. An eine Rentabilität ist offenbar unter diesen Verhältnissen nicht zu denken, und die vom Reichsernährungsminister in Anspruch genommene Förderung der Veredelungswirtschaft wird durch die Tatsachen Lügen gestraft. Nach wie vor hält die Junkerregierung an der Benachteiligung der Veredelungswirtschaft durch die Förderung der Junkerinteressen fest.

Berliner Viehmarkt.

(9. August.)

SPD. Der Berliner Viehmarkt am Dienstag hat ausser bei Schweinen in der Nachfrage vollständig genügt. Auf dem Rindermarkt verlief das Geschäft glatt und ohne nennenswerte Preisveränderungen. Auf dem Kälbermarkt zeigte sich bei stärkerer Nachfrage durchgehend ein leichtes Anziehen der Preise. Der Schweineauftrieb hätte grösser sein können. Auch hier zogen die Preise auf der ganzen Linie leicht an.

Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund 49 - 50 (48 - 49), b) 240 bis 300 Pfund 49 - 50 (48-49), c) 200 bis 240 Pfund 46 - 50 (46-49), d) 160 bis 200 Pfund 45 - 47 (44-47), e) 120 bis 160 Pfund 41 - 45 (42-45), Sauen 43 - 45 (42-44), Schafe: a) 35 - 36 (34-36), b) 34-36 (33-35), c) 30-32 (30-32), d) 20-28 (18-28). Kälber: b) 43 - 48 (40-48), c) 34 - 42 (33-42), d) 22 - 30 (20-30). Kühe: a) 26 - 28 (26-29), b) 23-25 (22-25), c) 18-22 (17-22), d) 12-16 (12-16).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 9. August. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 107, II. 93, abfallende Sorten 86 RM je 50 kg. Tendenz: ruhig.

Flau bei weichenden Preisen.

(Berliner Getreidebörsen vom 9. August)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Dienstag eine recht matte Stimmung. Das Angebot an Brotgetreide in prompter Ware hatte sich vermehrt. Insbesondere war schnell lieferbarer Weizen reichlich vorhanden, sodass die Aufgelder für schnell verladbare Ware immer mehr zusammenschmpfen. Grössere Kauflust bestand nicht. Da das Mehlgeschäft wieder sehr schlep- pend war, hielten sich die Mühlen sehr zurück; auch die Exporteure kauften bei den schwierigen Ausfuhrbestimmungen nur wenig Material. Infolgedessen musste die Lokonotiz für Weizen um 5 Mark herabgesetzt werden. Nicht viel günstiger war die Lage im Roggengeschäft, jedoch gingen hier die Lokokurse nur um eine Mark zurück. Am Markte der Zeitgeschäfte waren bei geringer Ge- schäftstätigkeit die Weizen- und Roggenkurse im Durchschnitt um 2 Mark rück- läufig. Das Mehlgeschäft hielt sich in engsten Grenzen, nur hier und da war promptes Roggenmehl etwas stärker gefragt. Einzelne Mühlen waren in ihren Forderungen entgegenkommend und ermässigten diese um 25 Pfennig. Für spätere Sichten zeigte sich keine Kauflust. Hafer war im Kurse gehalten. Das Angebot in neuem Hafer war verhältnismässig klein, jedoch hielten sich auch hier die Käufer bei ihren Anschaffungen zurück.

	8.8.	9.8.
	(ab märkische Station in Mk.)	
Weizen	220 - 222	215 - 217
Roggen	161 - 163	160 - 162
Futter= u. Industrieroggen	159 - 171	159 - 171
Hafer	164 - 169	156 - 161
Weizenmehl	29,00 - 33,00	29,00 - 33,00
Roggenmehl	23,15 - 25,15	22,00 - 24,90
Weizenkleie	11,25 - 10,50	11,25 - 11,50
Roggenkleie	10,00 - 10,25	9,90 - 10,10

Handelrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Sept. 225 $\frac{1}{4}$ - 225 $\frac{1}{2}$ (Vortag 228), Okt. 226 (228 $\frac{1}{2}$), Dez. 225 + Brief (228 $\frac{1}{2}$), Roggen Sept. 174 - 173 $\frac{1}{2}$ (176) Okt. 175 $\frac{1}{2}$ - 175 $\frac{1}{4}$ (177), Dez. 177 $\frac{1}{2}$ - 177 (179), Hafer Sept. - (-), Okt. 148 (-) Dez. 151 (-).

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) R#	0,65 - 0,85
" " Weizenstroh " R#	-
" " Haferstroh " R#	-
" " Gerstenstroh " R#	0,60 - 0,70
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt R#	0,80 - 1,00
Bindfadengepresstes Roggenstroh R#	0,55 - 0,65
" " Weizenstroh R#	-
Häcksel Tendenz matt R#	1,30 - 1,65
Handelsübliches Heu, gesund und trocken R#	1,20 - 1,40
Gutes Heu, gesund und trocken R#	1,65 - 1,95
Luzerne, lose R#	2,00 - 2,30
Thymothee, lose R#	2,10 - 2,40
Kleeheu, lose R#	2,00 - 2,30
Drahtgepresstes Heu R#	0,40 über Notiz.



Schicksalsfragen der Arbeiter.

Verbandstag der Sattler und Tapezierer.

SPD. In Stuttgart tagt zur Zeit der Verbandstag der freiorganisierten Sattler, Tapezierer und Portefeuller. Der Rechenschaftsbericht des Vorstandes beleuchtete mit lehrreichen Tatsachen aus den Auswirkungen der Krise auf die im Verband zusammengeschlossenen Berufe die Schicksalsfrage der deutschen Arbeiterbewegung: den Kampf um Arbeit. In die Aussprache über den Bericht des Vorstandes schlugen, wie nicht anders zu erwarten war, auch die Wogen der Politik. Die ernste Frage, ob der Kurs der politischen Führung der freiorganisierten Arbeiterschaft im Laufe der letzten Jahre richtig war oder nicht - auch eine Schicksalsfrage, die die Arbeiterschaft angesichts des Vormarsches des Faschismus tief aufwühlt - spielte in der Aussprache eine grosse Rolle. Die Debatte über den Rechenschaftsbericht gab dem Verbandstag einen temperamentvollen Auftakt.

Die Reihe der Einzelberichte des Vorstandes eröffnete der Verbandsvorsitzende Gerhardt mit einer Uebersicht über den Einfluss der Krise und der politischen Entwicklung auf die Lage der Arbeiter: Eine verhängnisvolle Wirtschafts- und Handelspolitik hat den Konjunkturgruppen der Arbeiterschaft übel mitgespielt. Bei den Sattlern ist die Arbeitslosigkeit unter den organisierten Mitgliedern von 29,1 Prozent im Jahre 1929 auf 65,9 Prozent im Juni 1932 gestiegen. Ausserdem sind von Kurzarbeit 12,1 Prozent heimgesucht. Katastrophal ist der Aussenhandel zurückgegangen. Im letzten Jahr allein wiederum um ein volles Drittel gegenüber dem Vorjahr. Die Rationalisierung wurde in einem überhasteten Tempo durchgeführt. Bei den Tapezieren hat die moderne Gestaltung der Wohnung ebenfalls zu einem starken Rückgang der Beschäftigung beigetragen. Infolge der maschinellen Entwicklung ging die Treibriemenindustrie zurück, und in der Fahrzeugindustrie ist der Niedergang so stark, dass früher führend gewesene Firmen vollständig verschwunden sind. Im vorigen Jahr wurden nur noch 56 000 Wagen hergestellt, und auch bei diesen Wagen war nur geringfügig Sattlerarbeit zu erledigen. In der Waggonindustrie wird heute nur noch ein Zehntel der früheren Belegschaft beschäftigt.

Naturgemäss musste die Mitgliederbewegung unter dem Einfluss dieser Verhältnisse leiden. Während die Gesamtzahl der Mitglieder 1926 noch 27 370 betrug, war sie Ende 1931 nur noch 24 051, und zwar betrug der Rückgang bei den Männern 10,3, bei den Frauen 18,6 Prozent. Am stärksten war der Rückgang in der Lederwarenindustrie von 12 702 auf 9 312, während bei den Tapezieren infolge der Einbeziehung der Lehrlinge in die Organisation ein Zuwachs von 7 667 auf 8 699 erfolgte.

Der Rückgang der Mitgliederzahl, betonte Gerhardt, war lediglich die Folge der Arbeitslosigkeit, nicht aber, wie von radikaler Seite behauptet wird, eine Folge der vom ADGB betriebenen Gewerkschaftspolitik. Das beweist die Lage in Offenbach. Dort steht die Organisation unter radikaler Führung, aber auch dort liegen die arbeitsmarktlichen Verhältnisse ganz ähnlich wie sonst. Die Sprengversuche der Gewerkschaftsopposition haben den Verband zum Ausschluss einer Anzahl von Mitgliedern genötigt. Heute ist die Opposition im Verband einflusslos.

Beim Kampf gegen die Gefängnisarbeit und die Lehrlingszüchtere blieb

der Verband, wie Gerhardt weiter ausführte, nicht ohne Erfolg. Die Höchstzahl der Lehrlinge, die gehalten werden dürfen, ist jetzt festgelegt, ebenso ist eine Lehrlingsordnung eingeführt worden. In der Verschmelzungsfrage ist durch die Arbeit der Kommission, die aus den ledererzeugenden und lederverarbeitenden Verbänden gebildet wurde, für die Einigung eine gewisse Plattform geschaffen worden; nur in der Frage der Invalidenunterstützung besteht noch keine Einigung. Infolge der Unübersichtlichkeit der gesamten wirtschaftlichen Lage kam man jedoch überein, die Verschmelzung vorläufig zu vertagen. Jedenfalls macht die Personenfrage, wie der Opposition gegenüber festgestellt werden muss, keine Schwierigkeiten.

Ueber die Lohn-, Tarif- und Streikbewegung des Verbandes berichtete Blume, der zweite Vorsitzende des Verbandes. Der Rückgang der Konjunktur habe die Widerstandskraft der Organisation geschwächt. Der Tarifgedanke sei jedoch trotz der zunehmenden Gegnerschaft der Arbeitgeber gegen den Abschluss von Verträgen bis jetzt nicht ohne Erfolg verteidigt worden. Der Kassierer des Verbandes Riedel gab zu dem gedruckt vorliegenden Kassenbericht einige Erläuterungen. Auch für den Sattlerverband liege das Finanzproblem ähnlich wie bei allen anderen Gewerkschaften: das Anschwellen der Ausgaben für Unterstützungszwecke und die Notwendigkeit der Stärkung der Kampfkraft des Verbandes führe zwangsläufig zu gewissen Satzungsänderungen.

In der Aussprache nahm als Vertreter der Opposition Galm-Offenbach im Sinne der Gedankengänge der SAP gegen die Haltung des Vorstandes Stellung. Galm bemängelte die Bindung der Gewerkschaften an den staatspolitischen Standpunkt der Sozialdemokratie. Vor allem lehnte er die gegenüber Brüning geübte Tolerierungspolitik ab. Er forderte eine Verständigung der grossen Parteien der Arbeiterschaft über ein gemeinsames Programm der Abwehr gegen die Todfeinde der Arbeiterbewegung.

Tarnow, der auf dem Verbandstag den Vorstand des ADGB vertritt, wies die Angriffe Galms zurück. Für eine verantwortliche Bewegung - so führte Tarnow aus - komme es nicht auf den Radikalismus der Forderungen an, sondern auf den Radikalismus der Erfolge. Die Sozialpolitik sei für die Gewerkschaften nie ein Ding an sich, ein Experiment im luftleeren Raum gewesen. Sie stehe selbstverständlich in den wirtschaftlichen Zusammenhängen. Die Behauptung, dass der ADGB grundsätzlich Tolerierungspolitik getrieben habe, sei falsch. Zwei Mal habe er ein aufrechtes Rückgrat gezeigt: beim Sturz Hermann Müllers und bei der Ablehnung der zweiten Brüning'schen Notverordnung, die zur Auflösung des Reichstages geführt habe. Das erste Mal sei der Erfolg seiner Stellungnahme das Kabinett Brüning gewesen, hinter dem der Schatten Hugenburgs gestanden habe, und das zweite Mal sei hinter Brüning der Schatten Hitlers aufgetaucht. Das habe zu einer gründlichen Ueberlegung dessen, was im Interesse der Arbeiterschaft liege, geführt. Im ADGB sei die Aussprache über die wichtigen Entscheidungen stets in möglichst grossem Kreis gepflogen worden, und eine grosse Mehrheit habe sich für die Politik entschieden, die getrieben worden sei. Die blossen radikalen Phrasen könnten die Arbeiterschaft nicht weiter bringen, sondern nur die realen Kampfmittel. Aufgabe der Opposition sei nicht, aufzufordern, radikaler zu sein, sondern nachzuweisen, wie man es besser machen könne.

Fröbel-Geraberg forderte eine festere Haltung gegenüber dem Lohnabbau. Die Unternehmer könnten heute von den grossen Reservefonds, die ihnen die Rationalisierung gebracht habe, zehren, für die Arbeiter dagegen sei die Rationalisierung zur Katastrophe geworden. Aus der Krise komme man nur noch auf dem Wege des Sozialismus heraus. Zur Tolerierungspolitik nahm Fröbel eine ähnliche Stellung ein wie Galm. - Döring-Danzig machte auf den Rückgang der Mitgliederzahl in Offenbach aufmerksam.

SPD. Traurig, tieftraurig klingt der neue Arbeitsmarktbericht der Reichsanstalt, Die Arbeitslosenziffer sinkt, aber die Arbeitslosigkeit steigt. Tausende und Abertausende kommen nicht mehr zu den Arbeitsämtern, weil ihnen die Notverordnung der Hitlerbarone den letzten Unterstützungserest geraubt hat. So weit haben wir es gebracht im glorreichen Jahr 1932, im Jahr des grossen Aufstiegs der Hitlerbewegung. Je höher Hitlers Stern steigt, desto tiefer der Absturz des Arbeitsmarktes, desto schlimmer wütet der Hunger im Land.

Ende Juli - so lautet der Bericht der Reichsanstalt für die zweite Julihälfte - betrug die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen rund 5 393 000. In der Arbeitslosenversicherung wurden rund 757 000, in der Krisenfürsorge 1 354 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. In den beiden Unterstützungseinrichtungen zusammen wurden rund 2 111 000 Arbeitslose unterstützt. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen betrug am gleichen Stichtag rund 2 224 000. Sie ist also seit Anfang Juli um rund 60 000 gestiegen. Doch ist zu berücksichtigen, dass die neuen Bestimmungen der Wohlfahrtshilfeverordnung, die eine Einschränkung dieses Personenkreises bringen, in der Berichtszeit noch keine Anwendung gefunden haben.

Seit Mitte Juli hat die Zahl der Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern um rund 99 000 abgenommen. Daraus könnte - rein zahlenmässig gesehen - auf eine Besserung der Arbeitsmarktlage geschlossen werden. Tatsächlich ergaben zwar die saisonmässigen Belebungserscheinungen in der Landwirtschaft, Industrie der Steine und Erden und in einzelnen Gruppen des Spinnstoffgewerbes verstärkte Vermittlungsmöglichkeiten, doch kann der Rückgang der Arbeitslosenziffern während der Berichtszeit nicht allein aus diesen arbeitsmarktlichen Gründen erklärt werden. Vielmehr ist zu beachten, dass infolge der Einführung der Hilfsbedürftigkeit als Unterstützungsvoraussetzung eine starke Senkung der Zahl der Unterstützungsempfänger eingetreten ist; da nun erfahrungsgemäss ein Ausscheiden aus der Unterstützung in zahlreichen Fällen auch eine Nichterneuerung des Arbeitsgesuches zur Folge hat, wird hierauf ein grosser Teil des zahlenmässigen Rückganges zurückzuführen sein. Es kann daher für diese Berichtszeit aus der Bewegung der Arbeitslosenzahlen auch in den einzelnen Berufsgruppen kein lückenloses Bild von der Gestaltung des Arbeitsmarktes gewonnen werden. Unter gleichem Gesichtspunkt muss die Entwicklung der versicherungsmässigen Unterstützungseinrichtungen betrachtet werden. Wenn sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung in der Berichtszeit um 117 000, in der Krisenfürsorge um 137 000 verringert hat, so ist diese Abnahme neben der Aussteuerung wegen Erschöpfung des Unterstützungsanspruches auf die Nichtanerkennung der Hilfsbedürftigkeit zurückzuführen.

Auch der amtliche Bericht gibt also offen zu, dass der zahlenmässigen Abnahme der Arbeitslosenziffer keinerlei arbeitsmarktpolitische Bedeutung zukommt. Der Rückgang der Arbeitslosenziffer ist lediglich ein Ausdruck des Protestes gegen die Notverordnung der Hitlerbarone. Die Arbeitslosen meiden die Arbeitsämter. Was sollen sie auch dort, wenn sie keine Unterstützung mehr bekommen? Warum sollen sie ihre Schuhsohlen noch opfern oder gar noch Fahr- geld ausgeben?

Wir schlagen vor, dass die Arbeitslosen, die keine Unterstützung mehr erhalten, wenigstens zur Meldung auf den Arbeitsämtern Freifahrt auf der Strassenbahn erhalten, damit sie sich wenigstens noch eine letzte Möglichkeit zu einer kleinen Aushilfsarbeit und damit zu einem kleinen Verdienst sichern können. Man macht doch heute alles per Notverordnung. Also bitte!

Binnen 14 Tagen sind also 100 000 Arbeitslose nicht mehr zu den Arbeitsämtern gekommen! Das ist die Arbeitslosenpolitik im neuen - im Hitlerkurs. Den Arbeitslosen nimmt man die Unterstützung und gibt man keine Arbeit! Nie sah es auf dem Arbeitsmarkt trostloser aus als in diesen Tagen. Wer will sich darüber wundern. Schliesslich muss ja unter dem Druck des Terrors auch der letzte wirtschaftliche Impuls erstickt werden.

SPD. Die Verhandlungen über die Neugestaltung des Tarifs für die ostsächsische Textilindustrie finden am 12. August statt. Die Verhandlungen sind durch die Tarifikündigung von Seiten der Arbeitnehmer notwendig geworden. Der Tarifvertrag läuft am 13. August ab.

SPD. Die Zahl der im Freiwilligen Arbeitsdienst Beschäftigten betrug nach einer Mitteilung des Reichskommissars Anfang August rund 95 000. Man will diese Zahl bis zum Eintritt des Winters auf etwa 200 000 bringen.

Die Zahl der Notstandsarbeiter ist im Juni von 38 700 auf 44 680 gestiegen. Einschliesslich der Notstandsarbeiter aus der öffentlichen Fürsorge wurden im Juni rund 50 000 Arbeiter in der produktiven Arbeitslosenfürsorge beschäftigt. Diese Zahl liegt um annähernd 30 Prozent niedriger als im Juni 1931.

SPD. Auf dem Internationalen Transportarbeiterkongress in Prag teilte der Generalsekretär Fimmen mit, dass den polnischen Delegierten von der polnischen Regierung die Teilnahme am Kongress verboten wurde. Der Kongress erhob gegen diese Massnahme der polnischen Regierung scharfsten Protest und beschloss eine Sympathiekundgebung für die polnischen Transportarbeiterführer in ihrem Kampf um die Demokratie.

Der Vorsitzende des Kongresses, Präsident Cramp, der Führer des englischen Eisenbahnerverbandes beleuchtete in seiner Ansprache auch die neuerdings in den Vordergrund der sozialpolitischen Diskussion gerückten Frage der Arbeitszeitverkürzung. Gewerbe und Industrie, betonte Cramp, erfordern heutzutage keine derartig lange Arbeitsdauer mehr, wie sie durchwegs noch üblich ist. Wissenschaftliche Betriebsführung in fast jedem Industriezweig, die Einführung von Maschinen ist stets grösserem Mass und neue Methoden der Krafterzeugung ermöglichen mehr und mehr die Ausschaltung Werkstätiger aus dem Arbeitsprozess. Selbst wenn die Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gelöst wäre, verbliebe noch das Problem der Weltarbeitslosigkeit, wenn nicht die Zahl der Arbeitskräfte den Erfordernissen der Industrie angepasst wird. Nach meiner Auffassung gäbe es, selbst wenn man jeden Menschen mit allem, was er zum Leben benötigt, reichlich versehen würde, in diesem 20. Jahrhundert noch eine Anzahl Männer und Frauen, die keine Beschäftigung finden könnten, solange nicht eine weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt wird. Der JGB hat einen Feldzug für die 40stündige Arbeitswoche eingeleitet. Obwohl eine solche Massnahme nicht ausreichend sein dürfte, wird doch die JTF diesen vom internationalen Gesichtspunkt aus so wichtigen Vorstoss in der Arbeitszeitfrage mit allen Kräften unterstützen. Die Arbeitszeitfrage ist zweifellos vor allem eine internationale Frage, und deshalb wäre zur Behebung der Massennot nichts notwendiger als ein wirklicher Internationalismus, eine Geistesrichtung, ohne die nur wenig erzielt werden kann. Statt dessen erhebt der Faschismus drohend sein Haupt, dessen nationalistische Politik die schlimmsten Auswüchse zeitigt. Die deutschen Kameraden leben unter den beständigen Drohungen dieses geschworenen Feindes. Bis zum jetzigen Moment ist es ihnen gelungen, sich ihre Freiheit und Stärke zu bewahren. Sie verdienen die Sympathie jedes Arbeiters in der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Der von den englischen Eisenbahnern gestellte Antrag, die russischen Transportarbeiter zum Eintritt in die ITF aufzufordern, wurde abgelehnt. Das gleiche geschah mit dem Antrag der tschechischen Kraftfahrerorganisation, eine Delegation nach Russland zu entsenden.
